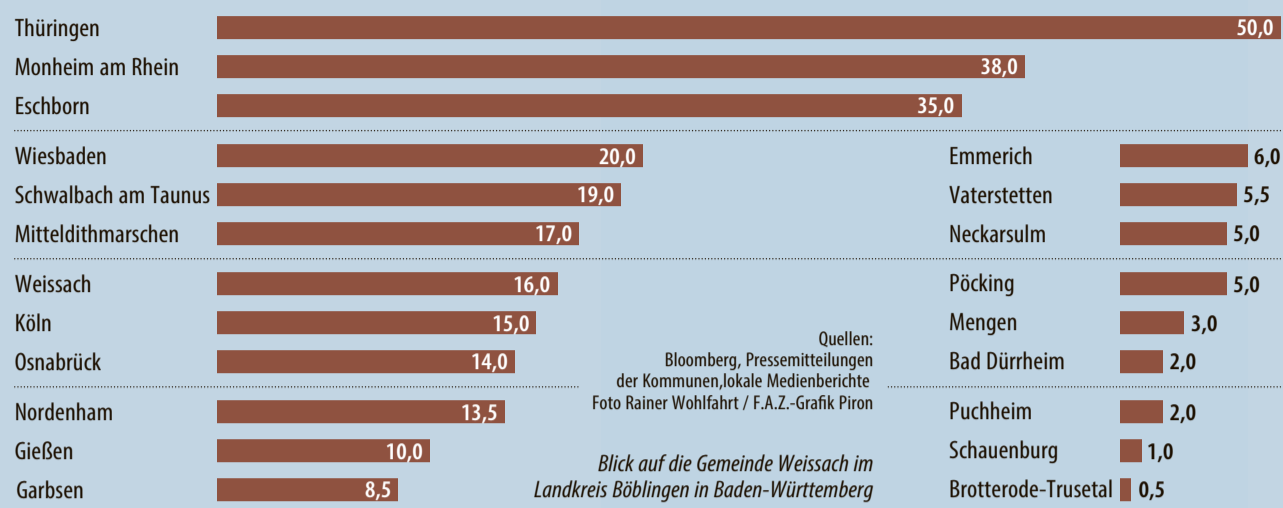


Es ist ein langer Weg von den Zuckerrohrfeldern in Bundaberg im Norden des australischen Queensland bis zu den Bankentürmen Londons, vom findigen Bauernsohn zum milliarden-schweren Finanzjongleur, vom Mähdröschler zum Privatflugzeug. Alexander Greensill, genannt Lex, hat gut drei Jahrzehnte dafür gebraucht. Der Rückweg war schneller. Er führte von London über Schweizer Kreditinstitute, eine Bremer Bank und die australische Hauptstadt Canberra in die schmucklosen Büros von Insolvenzverwaltern. In Gerichtssälen wird er enden. Denn der Finanzkonzern, den er schmiedete und dann – als führte er eine Traditionsbank – auf den eigenen Familiennamen taufte, bricht zusammen.

Auch deutsche Anleger zieht es in den Abgrund. Weniger sind es Privatanleger, die rund 1 Milliarde Euro im Bremer Ableger der Greensill Bank geparkt hatten. Für sie hat die Finanzaufsicht Bafin am Montagabend einen Insolvenzantrag beim Amtsgericht Bremen beantragt. Die Anleger können beruhigt zusehen, wie der Einlagensicherungsfonds der deutschen Banken greifen wird. Von Einlagen über 3,6 Milliarden Euro sollen aber 500 Millionen Euro ungeschützt sein. Daher herrscht Nervosität in vielen Rathäusern, die Geld bei Greensill mit kurzen Laufzeiten angelegt haben: von kleinen wie Weissach über mittlere wie

So viel Geld hat die öffentliche Hand bei Greensill liegen

Anlagesumme in Millionen Euro



Quellen: Bloomberg, Pressemitteilungen der Kommunen, lokale Medienberichte Foto Rainer Wohlfahrt / F.A.Z.-Grafik Piron

Blick auf die Gemeinde Weissach im Landkreis Böblingen in Baden-Württemberg



Wenn 0 Prozent zu viel Zins ist

Wenn Kommunen Steuereinnahmen parken, wollen sie damit kein Geld verlieren. Das hat einige zur australischen Greensill Bank getrieben. Die bot noch einen positiven Zins. Durch ihre Insolvenz wird es nun ungemütlich für die Kämmerer.

man musste der Fonds 6 Milliarden Euro auszahlen, für die Maple Bank 2,7 Milliarden Euro. Mit dem geringeren Schutzumfang, also ohne Kommunen und Finanzinstitute, hätten für Lehman zwei Drittel und für Maple ein Drittel weniger ausgezahlt werden müssen.

Monheim hat 75 Millionen Euro in einer Vermögensverwaltungsvereinbarung mit der genossenschaftlichen DZ Bank angelegt. „Investiert wird dabei nach definierten Risikoklassen zu einem kleinen Teil in Aktien, ansonsten vor allem in Staatsanleihen und Fonds“, sagt Bürgermeister Daniel Zimmermann. „Wir können uns darauf verlassen, dass dieses Geld in guten Händen ist.“ Weitere 40 Millionen Euro liegen bei der Deutschen Bank auf Sparkonten. „Auch dieses Geld werden wir dort belassen“, sagt er. „Zwar handelt es sich bei der Deutschen Bank um eine Privatbank, aber wir kommen mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist relativ kurzfristig an das Geld heran und zahlen keine Minuszinsen.“

Vollständig abgesichert ist kommunales Geld eigentlich nur bei Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Dort aber wird ein Negativzins von aktuell rund 0,5 Prozent fällig. „Das macht auf 210 Millionen gerechnet rund eine Million Euro Zinsverlust in jedem Jahr“, sagt Zimmermann. Zudem gibt es mehrere kleinere Finanzprodukte, in die die Stadt Monheim derzeit 57 Millionen Euro investiert hat: Fest-, Tagesgeld und Schuldscheindarlehen. „Sie beurteilen wir mit den gerade gemachten Erfahrungen nicht mehr als so sicher, wie wir es uns für die städtischen Anlagen wünschen. Diese Gelder schieben wir jetzt um“, sagte er jüngst vor dem Rechnungsprüfungsausschuss.

Das haben andere Städte nicht nötig. Zunächst einmal sind gar nicht so viele in der Lage, überhaupt Geld anzulegen. Laut spezialisierten Finanzmaklern kom-

men für sie nur die 50 wohlhabendsten als Kunden in Frage. Zumindest kurzfristig meist für einige Wochen legt auch die Stadt Frankfurt Geld an, wenn die Gewerbeeinnahmen einmal im Quartal sprudeln. In den neunziger Jahren hatte der spätere AfD-Politiker Albrecht Glaser als CDU-Stadtkämmerer Millionenverluste eingefahren. Damals waren auch längere Anlagezeiträume üblich. Seit 14 Jahren wacht Uwe Becker (CDU) über die Stadtfinanzen. „Ich will nicht herüberkommen wie jemand, der belehrt. Meine Philosophie war immer: konservativ umgehen mit dem Geld, das den Frankfurter Steuerzahlern gehört“, sagt er. Das Geld liegt vorrangig bei Sparkassen und Volksban-



Lex Greensill

Foto Greensill

ken, das schlechteste Rating ist A. „In der dritten Stufe wird Geld geparkt auf dem Konto der Bundesbank. Das ist nicht lukrativ, aber sicher.“ Biete eine Bank mehr als 0 Prozent, schaue man sich Institute genauer an. Die ohnehin restriktiven Anlagerichtlinien hat die Stadt zuletzt verschärft. Natürlich sei es unerfreulich, für Geld, das man anlegt, bezahlen zu müssen. Das erzeuge Druck. „Man muss sich rechtfertigen, wenn man negativ verzinst anlegt, obwohl A-geratete Institute einen positiven Zins bieten“, sagt Becker.

Dass Städte und Landkreise die engen Verbindungen zu öffentlichen Banken haben, liegt in deren Struktur begründet. Sie sind in der Regel Träger einer Sparkasse, die wiederum mit einer Landesbank zusammenarbeitet. Trotzdem müssen Kämmerer auch Angebote anderer Banken einholen. Städtische Anlagerichtlinien setzen Anwendungserlasse der Landesregierungen um. Die Gemeindeverordnungen verpflichten die Kämmerer, das Geld ausreichend sicher anzulegen. Für viele ist es Routine, überschüssige Einnahmen anzulegen. Es gibt keine Investmentbank, die Kommunen mit „sexy Produkten“ umgarnen. Inzwischen gelten auch für sie negative Zinsen – es sei denn, Geschäftsbanken haben Einlagen der Kommunen nötig. Das ist bei Sparkassen nicht der Fall. Laut Deutschem Sparkassen- und Giroverband haben Kommunen im Jahr 2020 bei den 372 Sparkassen neue Einlagen in Höhe von 41 Milliarden Euro eingelegt. Mit Strafzinsen nahmen sie 120 Millionen Euro auf alle Einlagen ein.

Stehen in Deutschland Anlagestrategien der Kämmerer im Blickpunkt, fürchten britische Steuerzahler die Haftung für mehrere staatlich garantierte Großkredite, die Greensill an Unternehmen ausgegeben hat. Schätzungen beziffern das Volumen auf 1 Milliarde Pfund (1,16 Milliarden Euro). Selbst wenn sie zu hochgegriffen sein sollten, scheint Guptas Familienholding GFG Alliance angeschlagen. Und neue Details kommen ans Licht, die seine Finanzierungsmethoden zweifelhaft erscheinen lassen.

Laut Medienberichten haben Unternehmen aus Guptas Imperium offenbar gleich acht Corona-Hilfskredite je 50 Millionen Pfund bei der Greensill Bank aufgenommen und damit Regeln des Corona-Unterstützungsprogramms verletzt. Im Finanzministerium schrillten wegen der achtfachen Kreditaufnahme die Alarmglocken. Die öffentliche British Business Bank soll vor einigen Wochen die 80-prozentigen Staatsgarantien zurückgezogen haben. Greensill erhob dagegen Einspruch. Als Gupta vor 2016 in Schottland ein Aluminiumschmelzwerk und ein Wasserkraftwerk kaufte, gewährte die dortige Regierung eine Kredithilfe in mittlerer dreistelliger Millionen-Pfund-Höhe. Würde Guptas Imperium mit 35 000 Mitarbei-

tern durch die Greensill-Pleite in Zahlungsschwierigkeiten kommen, könnte die schottische Kreditgarantie dem Steuerzahler Verluste bescheren.

Können die Finanzverantwortlichen kleiner Gemeinden in Süddeutschland davon gefeit sein, was sogar den Lenkern von Weltkonzernen passiert? In einer deutschen Landesbank war lange ein Manager für das Geschäft mit der Kommunalfinanzierung zuständig, der seinen Namen nicht nennen will. In dieser Zeit ist er vielen Kämmerern begegnet und hat ein Bild von ihnen gewonnen. „Sie sind immer auf der Suche nach billigen Krediten oder hohen Zinsen. Dabei vergessen sie öfter die normalen Gesetzmäßigkeiten der Finanzierung“, sagt der Banker. „Bei Geldanlagen wollten sie immer die höchsten Zinsen haben. Wenn wir dann argumentiert haben, dass wir mit unserem besseren Rating natürlich auch eine ganz andere Art von Sicherheit bieten, hat das selten verfangen.“

Er macht einen Mangel an Sachkenntnis dafür verantwortlich. Nicht immer sei erkennbar, dass sie verstanden hätten, was es bedeutet habe, aus der Einlagensicherung gefallen zu sein, verantwortlich macht er auch das Geschäftsgebaren spezialisierter Finanzvermittler. Einige seien für aggressive Vermarktungspraktiken bekannt. So seien etwa in den Jahren 2012 und 2013 Kommunen Kredite in Schweizer Franken mit niedrigen Zinsen vermittelt worden. Als die Schweiz die Obergrenze für die Aufwertung ihrer Währung aufhob, erhöhte sich die Tilgungsleistung schlagartig. „Das war ein Gezocke auf niedrige Zinsen. Zunächst hat man das mit Prolongationen kaschiert, aber wenn die Kredite fällig wurden, war das für das Budget ziemlich schmerzhaft“, sagt der Banker. Ein Problem sei auch, dass die Verantwortung in Gemeinden oftmals bei politisch gewählten Beigeordneten liege, die kritische Kämmerer bisweilen überstimmen. In der Geldanlage fehle vielerorts das Bewusstsein, dass positive Zinsen in dieser Lage mit erheblichen höheren Risiken verbunden seien. „Entweder hat man ein höheres Durationsrisiko oder ein größeres Bonitätsrisiko oder beides“, sagt er. „Der risikolose Positiv-Zins ist erst einmal Geschichte.“

Kommunen sind durch Niedrigzins und neue Regeln versichert

Als die Einlagensicherung vor dreieinhalb Jahren fiel, hat das Kommunen stark versichert. Einer Umfrage der Fachzeitschrift „Der Neue Kämmerer“, die zur F.A.Z. gehört, ergab damals, dass 41 Prozent der befragten Kommunen von der Änderung betroffen waren. Von dieser Minderheit gaben 81 Prozent an, keine Einlagen mehr bei Privatbanken zu haben. Teilgenommen hatten 568 der insgesamt 2300 angefragten Kämmerer und Finanzverantwortlichen deutscher Kommunen. Viele sahen sich nicht in der Lage, die Bonität einer Bank richtig einzuschätzen. Nur 18 Prozent der Kommunen hatten damals eine Anlagerichtlinie, 12 Prozent planten eine. Insbesondere stark verschuldete und kleine Kommunen gestanden hier eine Überforderung ein.

Nach all diesen Ausführungen ließe sich einfach ein Stündenbock benennen. Kleine und verschwiegene Akteure wie das knappe Dutzend auf Kommunen spezialisierte Finanzmakler eignete sich dafür besonders gut. „Eine Geldanlage von 0 oder 0,30 Prozent ist kein Zockern“, wehrt sich aber ein Makler, der ebenfalls in diesem Artikel ohne Namen bleiben will. „Wir stellen Kommunen immer mehrere Angebote vor, über 0 Prozent Verzinsung bieten nur noch zwei bis vier Banken überhaupt an.“ Dass solches Geld nicht unter die Einlagensicherung falle, erkläre man seinen Kunden. „Mit Gier hat das nichts zu tun“, sagt er. Wer Hunderttausende Euro Verlust durch eine Geldanlage für seine Bürger erwirtschaftete, überlege sich das mehrfach.

Für eine Vorteilsnahme durch erhöhte Courtagen sei der Markt zu transparent. „Die Courtage zahlt die Bank“, ergänzt er. Die Akquise sei nicht besonders schwierig. „Welche Kommune Geld hat, entnimmt man der Presse“, sagt er. „Mich ärgert, dass man von der Finanzaufsicht Bafin und vom Bankenverband nichts hört über solche Schwierigkeiten.“ Nachdem das Rating von Greensill im Herbst herabgestuft worden war, wies ihn die Bank auf Warnungen in den vorherigen Ratingberichten hin. „Die Geschichte mit Greensill ist ein Schock. Die Kommunen werden Dienst nach Vorschrift machen und sagen, dann bezahlen wir halt minus 0,2 Prozent“, sagt der Makler.

Dienst nach Vorschrift aber liegt für Anwälte, Insolvenzverwalter und Investmentbanker derzeit in weiter Ferne. Sie warten, wann und wie sie von Greensills Zusammenbruch profitieren können. Und sie kreisen über Guptas Stahlkonzern. Im fernsten Bundaberg ist man da schon einen Schritt weiter: Die Greensills, die in den vergangenen Jahren im Kielwasser von Lex' Erfolgen mehr als ein Dutzend Unternehmen aufgebaut hatten, haben auf dessen Pleite reagiert: Peter Greensill, der das Farmgeschäft führt, hat Ende Januar seine Posten als Direktor von Greensill Capital Management und Greensill Capital Trading aufgegeben. Der Anbau von Zuckerrohr scheint eine längere Halbwertszeit zu besitzen.



Aufsicht unter Beschuss

Von Markus Frühauf

Die deutsche Finanzaufsicht Bafin nach dem Wirecard-Skandal in Schutz zu nehmen ist fast unmöglich. Die schweren Mängel haben an ihrer Spitze zu Rücktritten geführt. Nun wird die Bafin in der Schiefelage der Bremer Greensill Bank wieder unter Beschuss genommen. Ihr Verhalten muss kritisch beleuchtet werden, um daraus Lehren zu ziehen. Das ungewöhnlich schnelle Bilanzwachstum der deutschen Tochtergesellschaft der britisch-australischen Finanzgruppe Greensill Capital hat die Aufsicht schon im Jahr 2019 auf den Plan gerufen, ebenso den Prüfungsverband für die Einlagensicherung der privaten Banken. Doch erst vor wenigen Wochen wurde die Bank geschlossen und erst jetzt der Insolvenzantrag gestellt. Vielen Kommunen drohen empfindliche Verluste, obwohl die privaten Banken ihre Einlagen seit Oktober 2017 nicht mehr schützen. Jetzt auf die Bafin einzuprügeln mag für manche Kämmerer angenehmer sein, als sich selbstkritisch zu hinterfragen. Trotzdem muss daran erinnert werden, dass eine Aufsicht auch der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, wenn sie eine Bank näher untersucht. Und sie braucht Beweise, bevor sie Maßnahmen ergreift.

Greensill: Credit Suisse warnt

rit. ZÜRICH. Die Zusammenarbeit der Credit Suisse (CS) mit der insolventen Greensill-Gruppe könnte die Schweizer Großbank noch teuer zu stehen kommen. Die CS ist dabei, vier Fonds zu liquidieren, deren Vermögenswerte von Greensill Capital bereitgestellt und strukturiert worden waren. Außerdem hatte die Bank dem fallierten britisch-australischen Finanzhaus einen Überbrückungskredit von 140 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt.

„Wenngleich sich diese Angelegenheiten noch in einer frühen Phase befinden, möchten wir darauf hinweisen, dass der Credit Suisse in diesem Zusammenhang möglicherweise Kosten entstehen können“, teilte die Bank am Dienstag mit. Diese Formulierung deutet darauf hin, dass sich die CS darauf einstellt, einen Teil des Kredits abschreiben zu müssen. Immerhin hat sie vom Greensill-Insolvenzverwalter aber inzwischen 50 Millionen Dollar zurückbekommen, so dass „nur“ noch 90 Millionen Dollar im Feuer stehen.

Zur Höhe des möglichen Schadens, der sich aus der Auflösung der sogenannten „Supply Chain Finance Funds“ für die Investoren ergeben könnte, die rund 10 Milliarden Dollar in diese vermeintlich sicheren Vehikel investiert haben, äußert sich die Bank nicht. Die bisher geleisteten Ausschüttungen liquider Fondsmittel an die Anleger beziffert die Bank auf 3,1 Milliarden Dollar. In den kommenden Monaten seien weitere Barauszahlungen geplant.

Die Börse

Dax in Punkten	Bundesanleihe Rendite 10 Jahre
15000	-0,15
14500	-0,30
14000	-0,45
13500	-0,60
13000	-0,75
17.12.20	16.3.21
17.12.20	16.3.21
F.A.Z.-Index	2556,33 2574,20
Dax 30	14461,42 14557,58
M-Dax	31813,59 32098,29
Tec-Dax	3348,50 3386,27
Euro Stoxx 50	3829,84 3850,96
F.A.Z.-Euro-Index	136,17 136,96
Dow Jones	32953,46 32825,95
Nasdaq Index	13459,71 13471,57
Bund-Future	171,72 171,75
Tagesgeld Frankfurt	-0,55 % -0,55 %
Bundesanl.-Rendite 10 J.	-0,34 % -0,34 %
F.A.Z.-Renten-Rend. 10 J.	-0,16 % -0,18 %
US-Staatsanl.-Rend. 10 J.	1,61 % 1,62 %
Gold, Spot (\$/Unze)	1730,70 1730,60
Rohöl (London \$/Barrel)	68,79 68,59
1 Euro in Dollar	1,1920 1,1926
1 Euro in Pfund	0,8567 0,8595
1 Euro in Schweizer Franken	1,1084 1,1033
1 Euro in Yen	130,17 129,88

a) Ortszeit 17 Uhr, b) Ortszeit 22 Uhr

RAN ANS FÖRDERGELD!

Mit 12 000 Euro je Kind fördert der Staat Wohneigentum für Familien – nicht mehr lange.

Seite 25

VEREDELUNG STATT FÖRDERUNG

Zwei prominente Gas- und Erdölkonzerne verschreiben sich immer stärker der Petrochemie.

Seite 25

DER TUCHEL-EFFEKT

Der Trainer hat bei Chelsea auf Anhieb Erfolg. Aber noch läuft nicht alles, wie es soll.

Seite 27

FECHTER HARTUNG IM GESPRÄCH

Athletensprecher über Corona, den Weltcup in Budapest und Großveranstaltungen.

Seite 28